

# Eine gesunde Finanzpolitik als Investition in die Zukunft

*Exklusiv-Interview  
mit Nationalrat Gerold Bührer*

**Der Schaffhauser Gerold Bührer gilt als einer der profiliertesten Nationalräte, insbesondere in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Im nachfolgenden Gespräch erläutert er seine Vorstellungen einer gesunden Finanzpolitik und erklärt, worin er zukünftig sein Engagement in der Wirtschaft sieht.**

*Herr Nationalrat Bührer, die Schulden des Bundes haben sich in den 90er Jahren, grösstenteils unter dem sozialdemokratischen Bundesrat Stich, auf über 100 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Dazu kommen noch einmal rund 100 Milliarden Schulden auf Gemeinde- und Kantonsebene. Ist die Schweiz noch zu retten?*

**Gerold Bührer:** Ja, das ist für mich

ganz klar. Abgesehen vom wirtschaftlichen Umfeld ist die Herbeiführung einer Trendwende in erster Linie eine Frage des Willens. Verschiedene Länder, die noch in den frühen 80er Jahren in Sachen Budget und Haushalt für negative Schlagzeilen sorgten, wie die USA, Grossbritannien oder die Niederlande, haben gezeigt, dass man die Wende zum Besseren schaffen kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Von daher gesehen bin ich optimistisch. Dazu kommt, dass verschiedene Devestitionen von Bundesanteilen, etwa bei der Swisscom, aber auch Lizenzentnahmen und ein Teil der nicht mehr benötigten Notenbankreserven es erlauben würden, die Bundesschulden um mehr als einen Drittel zu reduzieren.

*Das Budgetdefizit der öffentlichen Hände liegt gegenwärtig bei 1,4%, die Verschuldungsquote bei 51%; damit*

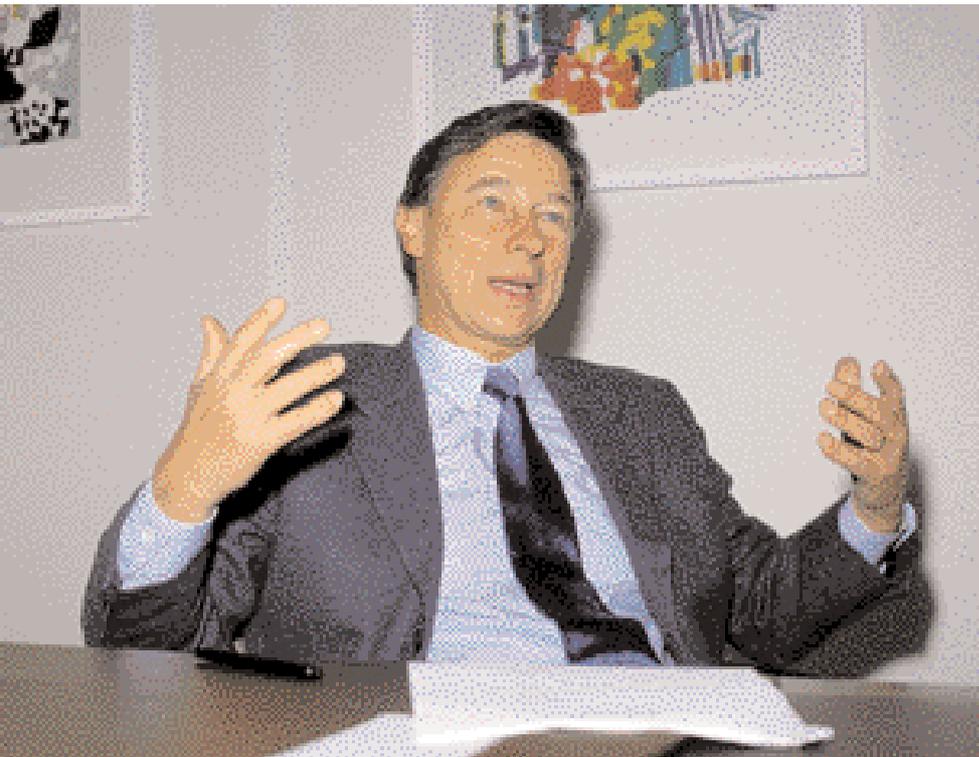
*steht die Schweiz besser da als die meisten EU-Länder. Heisst das, dass wir uns selbstzufrieden zurücklehnen dürfen?*

**Bührer:** Nein, ganz und gar nicht. Im laufenden Jahr werden wir zwar beim Bund – und wahrscheinlich auch unter Einbezug der Kantone – seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder einen Überschuss erzielen und damit die Verschuldungsquote auf klar unter 50% senken können.

Die Gefahr ist aber immer dann am grössten, dass man Fehler macht, wenn es einem wieder etwas besser geht; und es sind gerade diese Fehler, die sich dann in härteren Zeiten besonders negativ auswirken. Deshalb dürfen wir uns auf keinen Fall zurücklehnen. Wir müssen, im Gegenteil, die Gunst der Stunde nutzen und drei Dinge tun: Erstens müssen wir das Ausgabenwachstum klar unter dem Wachstum des Bruttoinlandprodukts halten. Zweitens müssen die überschüssigen Mittel nach dem starken Anstieg der Fiskalquote konsequent für den Steuerabbau eingesetzt werden. Und drittens müssen die ausserordentlichen Erträge, etwa aus den UMTS-Lizenzvergaben, konsequent für den Schuldenabbau verwendet werden.

*In der Schweiz ist die Fiskalquote – der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandprodukt – seit den 70er Jahren stärker gestiegen als in den meisten anderen Industriestaaten. Heute liegen wir mit 35% nur noch wenig unter dem EU-Mittel von 42% und dem OECD-Schnitt von 38%. Ist die Schweiz fiskalpolitisch bald nur noch Mittelmass?*

**Bührer:** In der Tat ist die Fiskalquote von 1970 bis 1998 von 25 auf 35% angestiegen. Besonders in den 90er Jahren haben wir im Vergleich mit dem



Ausland klar an Terrain eingebüsst. Es stimmt zwar, dass wir noch besser dastehen als der Durchschnitt, aber der Vorsprung hat sich markant verringert. Deshalb ist es entscheidend, dass wir jetzt die Weichen richtig stellen. Wir müssen die Fiskalquote spürbar senken, und zwar einerseits durch eine konsequente Ausgabendisziplin und andererseits durch gezielte Steuererleichterungen.

*Seit 1990 hat sich die Staatsquote von 33% auf fast 40% erhöht. Wird der Staat langsam zu einem Moloch, der sich überall breitmacht?*

**Bührer:** Es ist sicher eine Entwicklung, die zu Sorge Anlass gibt. Wenn wir noch weiter zurückblicken, akzentuiert sich das Problem sogar noch. So lag die Staatsquote 1970 erst bei 25%. In den 90er Jahren war der Anstieg zwar zum Teil auf das schwierige konjunkturelle Umfeld zurückzuführen, was insbesondere zu höheren Sozialausgaben führte; auf der anderen Seite beruhte die Erhöhung der Staatsquote



aber auch auf strukturellen Fehlentwicklungen. Der Staat hat in dieser Zeit neue Aufgaben übernommen und gleichzeitig durch Leistungserhöhungen im Sozialbereich die Ausgabenlast

strukturell gesteigert. Diese Entwicklung ist höchst problematisch.

Volkswirtschaften mit einem allzu hohen Staatsanteil verlieren erfahrungsgemäss an Dynamik und «produzieren» höhere Arbeitslosigkeit. Deshalb geht es im Grunde genommen letztlich auch nicht um Dogmen, wenn man die Wohlfahrt eines Landes im Auge hat – und das haben wohl auch die Sozialdemokraten – sondern um volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Wir müssen die Staatsquote reduzieren und dem Markt mehr Raum lassen. Die Beispiele von Ländern, die, nicht zuletzt wegen ihrer tiefen oder rückläufigen Fiskal- und Staatsquote, die Arbeitslosigkeit massiv senken konnten – ich denke dabei etwa an Grossbritannien, Irland oder die USA – sprechen für sich.

*Aus linken Kreisen hört man oft, die Schweiz gehöre nach wie vor zu den Ländern mit einer niedrigen Fiskalquote und man könne deshalb Steuern und Abgaben durchaus weiter erhöhen. Wäre es aber nicht höchste Zeit, den Teufelskreis immer höherer Steuern und Abgaben zu durchbrechen?*

**Bührer:** Ist-Aufnahmen sind immer

## Gerold Bührer: Wirtschaftsfachmann, Verwaltungsrat, Politiker

Gerold Bührer, Jahrgang 1948, studierte an der Universität Zürich Wirtschaftswissenschaften, bevor er 1973 in die Dienste der Schweizerischen Bankgesellschaft trat. Von 1985 bis 1990 war er Mitglied der Geschäftsleitung der SBG-Fondsgesellschaft Intrag. Danach wechselte er zur Georg Fischer AG, wo er ab 1991 als Mitglied der Konzernleitung für den Bereich Finanzen verantwortlich zeichnete. Seit Oktober 2000 arbeitet er als selbständiger Unternehmensberater unter anderem für die Georg Fischer AG und als Mitglied des Verwaltungsrates von Rentenanstalt, Arthur Andersen, Les Manufactures Horlogères und der Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG.

Politisch ist Gerold Bührer seit 1982 aktiv, zunächst als Kantonsrat in seinem Wohnkanton Schaffhausen und seit 1991 als Nationalrat für die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) in Bern. Als Nationalrat ist Bührer Mitglied der Finanzkommission, die er 2000/2001 präsidiert, sowie der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Als Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Schweiz gehört Gerold Bührer zum innersten Führungsgremium der Partei.



gefährlich. Entscheidend ist der Trend, und der war insbesondere in den 90er Jahren schlecht. Das Vertrauen in einen Standort und die Investitionen werden wesentlich mitbestimmt durch die Beurteilung von Trends. Auch aus diesem Grund müssen wir eine Wende herbeiführen und die Steuerschraube lockern. Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen, dann haben wir ausgezeichnete Chancen für die Zukunft. Wenn wir die Zügel aber schleifen lassen, werden wir international Attraktivität einbüßen und tendenziell Arbeitsplätze verlieren.

*Könnte man einen Staatshaushalt überhaupt mit Steuererhöhungen sanieren? Wäre es, im Gegenteil, nicht zweckmässiger, die Steuern massiv zu senken, um die Wirtschaft und den Konsum anzukurbeln?*

**Bühler:** In einer Welt, die in wirtschaftlicher Hinsicht de facto praktisch keine Grenzen mehr kennt, ist der Spielraum eines Staates in der Steuerpolitik in der Tat sehr beschränkt. Eine Regierung, die den Haushalt primär mit Steuererhöhungen sanieren will, produziert einen Bumerang, weil der

Verlust an Standortattraktivität negative Wachstumseffekte zur Folge hat und weil die Leistungsbereitschaft der Bürger abnimmt. Das Drehen an der Steuerschraube für eine langfristige Haushaltsanierung greift ganz klar zu kurz.

*Sie gelten als einer der geistigen Väter der 1999 lancierten «Steuerstopp-Initiative» der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP). Was wollen Sie damit bewirken?*

**Bühler:** Die Initiative wurde lanciert, als die Budgetzahlen noch schlechter waren als heute. Sie will, analog zum Haushaltsziel auf der Ausgabenseite, auch auf der Einnahmenseite eine obere Grenze in der Verfassung verankern. Konkret dürfte die Steuerquote während sieben Jahren nicht über den Durchschnitt der Jahre 2001/2002 steigen. Mittlerweile hat sich die Haushaltslage so stark verbessert, dass man nicht mehr nur von einem Steuerstopp, sondern von Steuersenkungen sprechen muss.

*Seit die Mehrwertsteuer 1995 in der Schweiz eingeführt wurde, hat sich die*

*Steuer zu einem Kassenschlager entwickelt. Heute erbringt sie mit 16 Milliarden Franken jährlich fast ein Drittel der gesamten Bundeseinnahmen. Trotzdem erleben wir ständig neue Steuer- und Gebührenerhöhungen. Wäre es nicht sinnvoller und fairer, Private und Unternehmen, die die Mehrwertsteuer bezahlen, im Gegenzug bei den direkten Steuern zu entlasten?*

**Bühler:** Ich gehe mit Ihnen einig. Wir haben schon Anfang der 90er Jahre gesagt, dass, sobald die Lage es zulässt, eine Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern vorgenommen werden muss. Genau dieses Ziel will die FDP nun auch mit zwei Steuerpaketen erreichen, zuerst zur Entlastung vor allem mittlerer Einkommen, dann aber auch bei der Unternehmensbesteuerung. Gesamthaft geht es um eine Entlastung bei den direkten Steuern um gegen drei Milliarden Franken, wodurch der Anteil der direkten Steuern an den Gesamtsteuereinnahmen sinkt. Das Ziel ist es, mit niedrigeren direkten Steuern die Leistungsbereitschaft der Einzelnen zu fördern und damit volkswirtschaftlichen Nutzen zu schaffen.

*Was halten Sie von der Idee einer Flat Tax, einer prozentual einheitlichen Einkommenssteuer für alle Steuerpflichtigen? Ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 200'000 Franken würde dann zehnmal mehr bezahlen als ein Teilzeitarbeiter mit 20'000. Damit würde man auch dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Einkommensbesteuerung gerecht.*

**Bühler:** Ich stehe auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft, wie Ludwig Erhard sie vertreten hat. Aus dieser ordnungspolitischen Warte bin ich der Auffassung, dass eine gewisse Progression bei der Einkommenssteuer richtig ist, um eine Ausgleichsfunktion wahrzunehmen. Zudem würden entsprechende extreme Vorstösse die politische Diskussion wahrscheinlich so blockieren, dass man steuerpolitisch nicht mehr weiterkommen wür-

de. Mit anderen Worten: Dort, wo die Progression zu steil ist, muss man sie brechen, aber die soziale Marktwirtschaft und politisch-pragmatische Überlegungen sprechen gegen eine Flat Tax.

*Wie stellen Sie sich zu der von Sozialdemokraten und Gewerkschaften eingereichten Volksinitiative zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer?*

**Bührer:** Eine Kapitalgewinnsteuer kommt für mich nicht in Frage, schon gar nicht, wenn man im Gegenzug keinerlei Konzessionen machen will. Wenn man über eine Kapitalgewinnsteuer diskutieren möchte, dann nur in einem grösseren Zusammenhang – etwa mit einer allfälligen Abschaffung der Vermögenssteuer. Zudem weiss man vielerorts gar nicht, dass es bei der Initiative nur um die Kapitalgewinnsteuer für private Haushalte geht. Unternehmen bezahlen seit eh

und je Kapitalgewinnsteuern. Transaktionen privater Anleger machen jedoch knapp ein Viertel des gesamten Wertpapierumsatzes aus. Die Steuer wäre also niemals so ergiebig, wie gewisse Kreise vielleicht meinen – zumal man ja auch die Verluste anrechnen müsste.

Die Erfahrungen in den USA und anderen Ländern haben gezeigt, dass die Kapitalgewinnsteuer von Privaten auf Wertpapiergeschäften sogar in den für die Börse aussergewöhnlich guten 90er Jahren deutlich weniger als 2% zum Steueraufkommen beigetragen hat. Oft wird auch behauptet, alle anderen Länder hätten eine Kapitalgewinnsteuer, nur wir nicht. Das stimmt nur bedingt. In Deutschland beispielsweise entfällt die Steuer, wenn man Wertschriften länger als ein Jahr hält. Andere Länder, wie die USA, kennen zwar die Kapitalgewinnsteuer, dafür aber keine Vermögenssteuer. Schliesslich ist die fehlende Kapitalgewinnsteuer auch ein Trumpf im internatio-

nalen Standortwettbewerb, den wir nicht ohne Not preisgeben sollten.

*In der Schweiz bestehen zum Teil seit Generationen Subventionen, die niemand mehr hinterfragt. Sollte man nicht einmal tabula rasa mit diesem Subventionsdschungel machen und jede einzelne Subvention auf ihre Berechtigung hin überprüfen und im Zweifelsfall streichen?*

**Bührer:** Der Bundesrat hat genau zu diesem Thema einen Subventionsbericht erstellen lassen. Die Einsparungen, die daraus resultieren, liegen aber deutlich unter einer halben Milliarde Franken und sind damit noch viel zu niedrig. Das Hauptproblem ist aber der Finanzausgleich. Nach wie vor teilen sich Bund, Kantone und Gemeinden in zu viele Aufgaben, was dann diese Subventionswirtschaft und Bürokratie auslöst. Für mich ist und bleibt deshalb der neue Finanzausgleich das

## Gerold Bühler zu Stichworten

**Geld:** Etwas, was man fürs Leben braucht, aber lange nicht alles.

**Luxus:** Sagt mir nicht viel, ausser dass ich Freude an einer schönen Einrichtung und schönen Bildern habe.

**Politik:** Leidenschaft seit meiner Jugend.

**Schulden:** Sind in Ordnung als Investition in die Zukunft, aber nicht für den Konsum.

**Sparen:** Eine Tugend, die die Menschen freier und eigenverantwortlicher macht.

**Steuern:** Ich kämpfe für niedrige Steuern, die es aber ohne Wenn und Aber zu bezahlen gilt.

**Banken:** Wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor und sehr grosse Steuerzahler.

**Börse:** Gehört zur Marktwirtschaft wie die Luft zum Atmen.

**Geld anlegen:** Eine Chance, die von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden sollte, weil sie die Sensibilität für wirtschaftliche Zusammenhänge weckt und die persönliche Unabhängigkeit stärkt.

*Sie kennen sowohl Schweizer als auch deutsche Banken aus eigener Erfahrung. Gibt es aus Ihrer Sicht klare Unterschiede?*

**Bühler:** Der Hauptunterschied liegt meines Erachtens darin, dass in der Schweiz vor allem die Gross- und Privatbanken seit Jahrzehnten international ausgerichtet sind, während bei den deutschen Banken die globale Expansion erst in der jüngeren Vergangenheit so richtig angelaufen ist.

Der zweite Unterschied betrifft eher den Finanzplatz als Ganzes. So ist insbesondere das Vermögensverwaltungsgeschäft in der Schweiz traditionellerweise nicht nur für die Banken, sondern für die gesamte Volkswirtschaft ein ausserordentlich wichtiger Faktor mit einem herausragenden Stellenwert.

wichtigste Mittel, um diese Zahlungsströme besser in den Griff zu bekommen und auch den Föderalismus auf eine solidere Grundlage stellen zu können.

**Bühler:** Die Bank ist in der Schweiz ein überschaubares Unternehmen, das relativ direkte Wege der Mitarbeit ermöglicht.

*Seit Oktober 2000 sind Sie Mitglied des Verwaltungsrates der Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG, einer der renommiertesten deutschen Privatbanken in der Schweiz. Wie ist es zu dieser Zusammenarbeit gekommen?*

**Bühler:** Ich wurde von dritter Seite angefragt, ob ich Interesse an dem Mandat bekunden würde. Und da ich sowieso mit meinem Hintergrund im Bankwesen und nach dem Rückzug aus dem operativen Geschäft bei Georg Fischer wieder vermehrt im Finanzbereich tätig werden wollte, war dies eine interessante Herausforderung.

*Was reizt Sie an Ihrem Verwaltungsrats-Mandat bei der Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG besonders?*

